

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Rat der Stadt Rheine

21.2.2006

Antrag der SPD Fraktion im Rat der Stadt Rheine

zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23. März 2006

1. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine möge folgende Resolution beschließen:
Der Jugendhilfeausschuss fordert die Landesregierung und den Landtag NRW auf, das Kinder- und Jugendfördergesetz NRW in dem am 06.10.2004 beschlossenen Umfang vollständig in Wirkung zu lassen. Dafür sind die im §16 Abs.1 zugesicherten und von Kommunen und freien Trägern erwarteten finanziellen Mittel bereitzustellen.

2. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine bittet den Rat der Stadt Rheine in seiner Sitzung am 04. April folgende Resolution zu beschließen:
Der Rat der Stadt Rheine fordert die Landesregierung und den Landtag NRW auf, das Kinder- und Jugendfördergesetz NRW in dem am 06.10.2004 beschlossenen Umfang vollständig in Wirkung zu lassen. Dafür sind die im §16 Abs.1 zugesicherten und von Kommunen und freien Trägern erwarteten finanziellen Mittel bereitzustellen.

Begründung:

Mit dem im Oktober 2004 verabschiedeten Gesetz zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (Jugendfördergesetz NRW) ist u. a. auch die gesetzliche Grundlage für die finanzielle Ausstattung des Landesjugendplanes geschaffen worden. Laut § 16 des Jugendfördergesetzes sind befristet bis zum Jahre 2010 auf der Grundlage des Kinder- und Jugendförderplans jährlich mindestens 96 Mio. Euro bereitzustellen. Einer der wesentlichen Gründe für die gesetzliche Verankerung dieser Finanzierungsgrundlage war es, den Jugendorganisationen, den Trägern der offenen Jugendarbeit, den Trägern der Jugendkulturarbeit, den Initiativgruppen und auch den Trägern und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit langfristige Planungssicherheit und Bestandsschutz zu geben. Auch die Kommunen sind durch das Jugendfördergesetz stärker in die Pflicht genommen worden. Sie sind nicht nur in gleicher Weise wie das Land finanziell gefordert, sie müssen darüber hinaus ab 2006 kommunale Kinder- und Jugendförderpläne beschließen. Vor diesem Hintergrund haben auch die Kommunen einen Anspruch auf Planungssicherheit. Die CDU / FDP Landesregierung hat im Januar beschlossen, die Mittel von 96 Millionen Euro auf 75 Millionen Euro kürzen. Im Jahr 2004 hatten die heutigen Regierungsparteien von CDU und FDP noch die von den Jugendverbänden getragene Volksinitiative 'Jugend braucht Zukunft' massiv unterstützt. Mit dieser Form von Politik droht nun über den materiellen Einbußen hinaus ein ungeheurer und genereller Vertrauensverlust der Jugend in politische Willensbekundungen.

Anschrift:

Hohe Lucht 5 · 48431 Rheine
Telefon: 0 59 71 / 5 77 66 oder 1 50 66
Telefax: 0 59 71 / 5 08 30

Bankverbindung:

Stadtsparkasse Rheine
Konto-Nummer: 7 026 180
Bankleitzahl: 403 500 05

Internet-Adresse:

www.SPD-Fraktion-Rheine.de

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Wenn sogar die gesetzliche Selbstverpflichtung eines Parlamentes der tagespolitischen Beliebigkeit unterliegt, welche Politikerin, welcher Politiker darf sich dann noch in ernstzunehmender Art und Weise über Politikverdrossenheit der Jugend beschweren. Wir erbitten die Unterstützung dieser Resolution letzten Endes auch aus diesem Grunde und hoffen auf ein eindeutiges Votum der politischen Gremien: Jugend braucht Vertrauen – jetzt!

Guido Heine

Anschrift:

Hohe Lucht 5 · 48431 Rheine
Telefon: 0 59 71 / 5 77 66 oder 1 50 66
Telefax: 0 59 71 / 5 08 30

Bankverbindung:

Stadtparkasse Rheine
Konto-Nummer: 7 026 180
Bankleitzahl: 403 500 05

Internet-Adresse:

www.SPDFraktion-Rheine.de